

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 224-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1142

Eingereicht am: 17.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Ja
Eingereicht von: BiK (Zäch, Burgdorf) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0



Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 20.11.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:

Französisch muss in der Deutschschweiz in der Primarschule verankert bleiben!

Der Regierungsrat wird beauftragt, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit in allen Kantonen auf der Primarstufe eine zweite Landessprache unterrichtet wird.

Die Grundlage für die schweizweit koordinierte Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts bildet die Sprachenstrategie, welche die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) 2004 verabschiedet hat. Die wichtigsten Ziele waren, das Sprachenlernen zu verbessern, stärker von der Mehrsprachigkeit und vom Potenzial des frühen Sprachenlernens zu profitieren und so die Konkurrenzfähigkeit im europäischen Kontext zu erhalten.

Ein zentraler Punkt der Sprachenstrategie ist der Sprachenkompromiss zur Stellung der zweiten Landessprache bzw. des Englischen. Die Reihenfolge der unterrichteten Sprachen (zweite Landessprache bzw. Englisch) bleibt dabei den Kantonen überlassen. Der Kompromiss garantiert allerdings, dass Französisch in den Deutschschweizer Kantonen auf Primarstufe verankert ist. Mehrere Vorstösse und Initiativen in Deutschschweizer Kantonen stellen dieses Konzept nun in Frage und fordern, dass Französisch als Fremdsprache erst in der Oberstufe unterrichtet wird. Der Sprachenkompromiss gerät somit unter Druck.

Die EDK hat anlässlich ihrer letzten Sitzung die Sprachenstrategie grossmehrheitlich bestätigt und will die Kantone bei der Umsetzung vermehrt unterstützen. Deshalb sind auch die Kantone gefordert, sich für den Unterricht von mindestens einer zweiten Landessprache auf der Primarstufe schweizweit einzusetzen. Der Kanton Bern als Brückenkanton zwischen Deutschschweiz und Westschweiz hat dabei ein besonderes Interesse und eine spezielle Verantwortung, sich für den Französischunterricht starkzumachen.

Zudem haben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit der Annahme des Bildungsartikels in der Bundesverfassung im Jahr 2006 zur Harmonisierung im Bereich der Volksschule deutlich Ja gesagt. Zu den gemeinsamen Zielsetzungen gehört die Einführung einer ersten Fremdsprache spätestens in der dritten und einer zweiten Fremdsprache spätestens in der fünften Klasse der Primarschule, wobei mindestens eine davon eine Landessprache sein muss.

Die Landessprachen nehmen in den Schweizer Schulen zu Recht einen hohen Stellenwert ein; es darf nicht sein, dass Englisch wichtiger wird als die offiziellen Landessprachen. Französisch ist ein bedeutender Teil der Kultur unseres Landes. Dies sollte auch in der Gewichtung des Fremdsprachenunterrichts in den Deutschschweizer Schulen abgebildet werden. Sich zu verstehen, ist eine wesentliche Grundlage für den nationalen Zusammenhalt und die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Für die kleinräumige Schweiz ist eine minimale Harmonisierung des Schulwesens immer wichtiger. Der Arbeitsmarkt verlangt von den Mitarbeitenden immer mehr Flexibilität und Mobilität. Fällt der Sprachenkompromiss, muss ein Kind unter Umständen bis zu vier Jahren Sprachunterricht nachholen.

Ausserdem hat die Schweizer Wirtschaft ein grosses Interesse an Mitarbeitenden mit guten Fremdsprachenkenntnissen – vor allem auch in den Landessprachen. Gute Französischkenntnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten für Schweizer Unternehmen und Organisationen entsprechende Wettbewerbsvorteile.

Überdies weiss man aus der Sprachenforschung, dass Sprachen einfacher gelernt werden, wenn Kinder früh damit in Berührung kommen. Gerade bei einer schwierigen Sprache wie Französisch hilft der frühe Zugang bei der Entwicklung des Sprachgefühls und später bei der korrekten Aussprache. Jüngere Kinder gehen unbekümmerter mit einer Sprache um und sprechen sie auch schneller, ohne Angst vor Fehlern zu haben.

Begründung der Dringlichkeit: Die nationalrätliche Bildungskommission will in der Wintersession der eidgenössischen Räte über eventuelle Anträge zum Sprachenunterricht bzw. zur Stellung des Französischen auf der Primarstufe entscheiden. Der Kanton Bern muss jetzt ein Zeichen setzen, dass er sich für den Französischunterricht auf der Primarstufe einsetzt.